

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 80 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin S.O. 16, Am Rastischen Park 2. Telefon: Moritzplatz 147 19, 147 20.

Inserate: Die sechspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 1,50 Mark, Arbeitervermittlungen 75 Pfennig. Verbandsanzeigen 50 Pfennig pro Zeile.

## Kampf gegen die Arbeitslosigkeit!

Von großen und langwierigen Wirtschaftskrisen, wie sie in den meisten anderen Ländern in den Nachkriegsjahren auftraten, ist Deutschland bisher auffallenderweise verschont geblieben. Nur ein erster Anfall war zu verzeichnen: Die große Arbeitslosigkeit am Ende der Inflation. Aber dieser Inflationszusammenbruch war keine Wirtschaftskrise im üblichen Sinne. Der Währungsverfall mußte das Wirtschaftsleben zum Stillstand bringen, denn ohne Währung gibt es keine Wirtschaft. Der Inflationssturz folgte bald eine leiblich gute Konjunktur, die bis in den Spätsommer 1925 anhielt. Von da an trat eine ruckweise Verschlechterung des Arbeitsmarktes ein. Am 1. Oktober betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen 268 000, am 1. November 364 000, am 1. Dezember 678 000, am 1. Januar 1926 1 763 000, am 1. Februar 2 081 000 und am 15. Februar 2 059 000. Auf dieser Höhe hielt sich die Zahl der Unterstützungsempfänger einige Wochen. Die Hoffnung, das Frühjahr werde vermehrte Arbeitsgelegenheit bringen, hat sich nicht erfüllt. Wohl nahm das Arbeitslosenheer um ein kleines ab, eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes trat jedoch nicht ein. Bis zum 15. Mai ging die Zahl der unterstützten Erwerbslosen nur bis auf 1 742 000 zurück. Seitdem ist keine weitere Verbesserung eingetreten, im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit zeigt aufs neue ein bedrückendes Ansteigen. Mitte Juni wurden bereits wieder 1 749 000 Unterstützungsempfänger gezählt, und im Augenblick sind es wahrscheinlich schon wieder 2 Millionen.

### Wirklicher Umfang der Arbeitslosigkeit und ihre Folgen für die Wirtschaft.

Die Unterstützungsempfänger sind nur ein Teil des großen Arbeitslosenheeres. Zu den 2 Millionen unterstützten Erwerbslosen kommen noch etwa eine Million nicht unterstützte. Das sind Personen, die entweder in der Erwerbslosenfürsorge ausgespart sind oder überhaupt keinen Anspruch auf Unterstützung haben. Außerdem sind noch etwa 2 Millionen Kurzarbeiter vorhanden. Nimmt man an, daß diese im Durchschnitt nur mit halber Arbeitszeit beschäftigt sind, dann hat man eine weitere Million völlig Erwerbsloser. Zusammen macht das 3 1/2 bis 4 Millionen zur Unfähigkeit verdammter arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen. Deutschland zählt etwa 30 Millionen auf Erwerb angewiesene Personen, von diesen ist etwa jede achte gegen ihren Willen ohne Beschäftigung. Fast 4 Millionen Arbeitskräfte liegen brach, schaffen keine neuen Werte. Durch ihre Nichtbeschäftigung erleidet die deutsche Wirtschaft ihren jährlichen Ausfall an Volkseinkommen von gut 8 Milliarden Mark.

### Ursachen der großen Arbeitslosigkeit.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist mit den periodischen Konjunkturkrisen der Vorkriegszeit nicht vergleichbar. Sie hat andere Ursachen. Aber welche? Darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die einen nennen als Ursache den verlorenen Weltkrieg und die harten Verpflichtungen an die Siegerstaaten. Andere sagen, es fehle an Krediten und Kapital. Wieder andere verweisen auf den Rückgang der Ausfuhr. Und die ganz Schläuen im Unternehmertum nennen den Achtstundentag und die „hohen“ Löhne als Ursache. Wenn diese Propheten recht hätten, dann müßte doch in den Siegerstaaten, die keine Reparationsverpflichtungen haben, und in solchen Ländern, die kapitalreich sind, oder wo die Arbeitszeit länger und die Löhne niedriger sind als bei uns in Deutschland, eine flote Konjunktur herrschen. Davon ist aber in keinem europäischen Lande etwas zu merken. Alle Staaten leiden mehr oder weniger unter Arbeitslosigkeit, und ganz besonders davon hart betroffen ist das reiche England.

Auch die Behauptung, daß die Produktion stark zurückgegangen sei und infolgedessen heute viel weniger Arbeitskräfte gebraucht würden als in der Vorkriegszeit, trifft nicht zu. Alle ernst zu nehmenden Volkswirtschaftler vertreten die sehr gut begründete, ja man kann sagen, genau bewiesene Ansicht, daß die heutige Gütermenge nicht hinter der von 1913 zurückbleibt. Nun ist es zweifellos richtig, daß die Wirtschaft im Laufe der Jahre technische und organisatorische Verbesserungen erfahren hat, so daß zur Erzeugung einer gleich großen Gütermenge heute weniger Arbeitskräfte gebraucht werden als 1913. Die Arbeitskräftersparnis ist aber nicht so groß, daß man sich hieraus die 3 1/2 bis 4 Millionen Arbeitsloser erklären könnte.

### Woher kommt dann aber das große Arbeitslosenheer?

Deutschland zählte 1913 auf dem heutigen Reichsgebiet rund 60 Millionen Einwohner (ohne Saargebiet). Nach der Zählung von 1925 beträgt die Einwohnerzahl 62,5 Millionen. Das ist ein Zuwachs von 2,5 Millionen. Dieser Bevölkerungszuwachs ist natürlich nicht identisch mit dem Zuwachs an Erwerbsfähigen. Die Vermutung aber, daß die Zahl der arbeitsfähigen Personen im Alter von 15 bis 60 Jahren infolge der Kriegsverluste heute kleiner sei als

in der Vorkriegszeit, trifft nicht zu. 1907 standen von der Gesamtbevölkerung 57,5 Prozent im Arbeitsalter, im Jahre 1920 aber etwa 68 Prozent. Neuere Zahlen sind nicht bekannt, aber es ist kaum anzunehmen, daß der heutige Stand wesentlich von dem von 1920 abweicht. Aus dieser Altersverschiebung ergeben sich nach einer Berechnung von Robert Friedländer etwa 8 Millionen Arbeitskräfte mehr als im Jahre 1913. Als weiterer Zuwachs kommen in Frage große Teile des sogenannten Mittelstandes (Rentner, Pensionäre), ferner die Angehörigen des früheren Heeres und endlich die Arbeiter der Rüstungsindustrie, die, volkswirtschaftlich gesehen, schon damals nichts anderes waren als eine große Arbeitslosenarmee. Durch ihre Einreihung in die Wirtschaft erfährt die Zahl der auf Beschäftigung wartenden Menschen eine starke Erhöhung. Der Gesamtzuwachs der auf Erwerb angewiesenen Personen wird auf 4 Millionen geschätzt. Vor dem Weltkriege betrug die Zahl der Erwerbsfähigen 26 Millionen, heute 30 Millionen. Wenn man diese Zahlen kennt, dann hat man auf die Frage, woher das große Arbeitslosenheer kommt, die Antwort.

### Mehr Menschen, aber kein entsprechender Mehrverbrauch.

Wenn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit heute die gleichen Ansprüche an das Leben stellen würde wie in der Vorkriegszeit, dann erfordert die Befriedigung des Bedarfs eine größere Gütermenge als die von 1913. 62,5 Millionen verzehren mehr als 60 Millionen. Wohl stehen dem heimischen Markt heute mehr Waren zur Verfügung, da die Ausfuhr nicht so umfangreich ist wie in der Vorkriegszeit. Der Überschuß ist aber beileibe nicht so groß, daß die 2,5 Millionen Menschen, die wir heute mehr haben, davon leben könnten. Wir haben also eine Produktion in Vorkriegeshöhe, aber keinen der Volksvermehrung entsprechend größeren Verbrauch. Wir sprechen vom Verbrauch, nicht vom Bedarf. Der Bedarf an Waren aller Art ist riesengroß, in allen Volksschichten, besonders in den Familien der arbeitenden Bevölkerung. Den Volksmassen fehlen aber die Mittel zur Deckung ihres Bedarfs, es fehlt ihnen die nötige Kaufkraft. Die Arbeiterschaft (Arbeiter, Angestellte, Beamte) ist der ausschlaggebende Faktor in der Produktion und im Verbrauch. Ihre Ausschaltung hier wie dort führt zur Störung der Wirtschaft. Die Kaufkraftschwäche der arbeitenden Bevölkerung ist die Folge des systematischen Lohnendrucks. Die Unternehmer wollen die Wirtschaftskrise durch Lohnabbau überwinden. Welch ein Wahnsinn! Nicht Kaufkraftschwäche, Kaufkraftstärkung führt zur Gesundung der Wirtschaft.

Der Unternehmer läßt produzieren, wenn die Waren lohnenden Absatz finden. Ist das nicht der Fall, wird der Betrieb stillgelegt. Nicht die Produktion, erst der Verkauf der Ware bringt Gewinn. Der Verkauf ist aber nur möglich, wenn die Arbeiter so entlohnt werden, daß sie ihren Bedarf auch befriedigen können. Heute ist das nicht der Fall. Die Folge ist ein starker Minderverbrauch im Vergleich zur Vorkriegszeit. In dem Maße, wie der Verbrauch gehoben wird, steigt die Nachfrage, die weitere Folge ist eine Belebung der Wirtschaft.

### Schafft Arbeit für die Arbeitslosen!

Wirtschaftskrisen sind ein notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Systems. Solange es einen Kapitalismus gibt, solange gibt es auch Wirtschaftskrisen. Ihr Umfang und ihre Dauer sind aber keine gegebenen Größen; diese zu bestimmen, liegt in der Hand der Menschen. Und so läßt sich auch die heutige große Arbeitslosigkeit durch geeignete Maßnahmen erfolgreich bekämpfen. Wir glauben nicht daran, daß Deutschland auf Jahre hinaus mit einigen Millionen Arbeitsloser rechnen muß. Das wird der Fall sein, wenn die Wirtschaftspolitik auch in Zukunft ihre Aufgabe allein darin sieht, den Unternehmern einen möglichst hohen Gewinn zu verschaffen, ohne Rücksicht auf das Wohl der Volksgesamtheit.

Uns wurde bisher stets erklärt, Deutschland habe nicht die Mittel, von sich aus neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Nichts ist falscher als das. Mit Recht schreibt der ehemalige Staatssekretär Professor Dr. Julius Firsch: „Das Sinnwidrige unseres Zustandes ist doch zu trag: Wir haben Millionen feiernder Arbeitskräfte; wir haben einen riesigen ungedeckten Bedarf, wir haben reichlich Rohstoffe, wir haben anscheinend sogar zuviel Kapital, das sonst so oft fehlende Bindeglied zwischen Arbeit und Verbrauch. Sie kommen nur nicht zusammen!“ Das ist die Folge der falschen Wirtschaftspolitik.

Die Reichsregierung hat die Pflicht, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Keine Arbeiten, um nur die Erwerbslosen zu beschäftigen, sondern solche von volkswirtschaftlichem Wert. An Arbeiten solcher Art fehlt es nicht. Der Reichstag hat der Regierung den Weg dazu gezeigt.

### Was der Reichstag fordert.

Der Reichstag hat am 28. Juni folgendes beschlossen: Ausgehend von der Erwägung, daß

- mit der im Herbst 1925 einsetzenden Wirtschaftskrise seit Anfang d. J. etwa 2,5 Millionen völlig Erwerbsloser und mehrere Millionen Kurzarbeiter vorhanden sind;
  - diese Krise in unverminderter Schärfe anhält und keine begründete Aussicht vorliegt, daß die große Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit eine erhebliche Schwächung erfährt;
  - das zweite Krisenjahr und damit der nächste Winter insbesondere für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Millionen erhöhte Not im Gefolge hat und damit die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrößert, hält der Deutsche Reichstag es für dringend geboten, daß in organischem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Wirtschaft die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um den Arbeitsmarkt zu heben, die Arbeitsmöglichkeit zu fördern und den Erwerbslosen Beschäftigung zu geben.
- Auf einer Reihe von Gebieten können Arbeiten in Angriff genommen und durchgeführt werden, zu denen entweder bereits die baureifen Pläne vorliegen, oder letztere ohne erhebliche Schwierigkeiten und in kürzerer Zeit vorbereitet werden können. Bei diesen Arbeiten ist deren Zweckdienlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit voranzustellen. Dazu gehören unter anderem

- der Straßenbau und die notwendige Erneuerung eines größeren Teils der Straßendecken, die dem neuzeitlichen Verkehr nicht genügen;
- die Kultivierung von Oblandflächen, Moorgeländen und anderem unfruchtbaren Boden, der in Deutschland über drei Millionen Hektar zählt und zum größeren Teile unbar gemacht werden kann. Das würde der Gesamtwirtschaft zum Vorteil gereichen und auch neue Arbeitsmöglichkeiten in der Bewirtschaftung, Ansiedlung usw. bieten;
- die Schiffbarmachung deutscher Flüsse und deren zweckdienliche Verbindung durch Kanäle, die der Förderung des Wassertransportweges und der deutschen Wirtschaft dienen;
- Fluß- und Bachregulierungen zur Gewinnung von Kulturboden und anderem Gelände sowie zur Verhütung von Hochwasserschäden usw.;
- Stauanlagen, Schutzdämme usw., um den stets wiederkehrenden Hochwasserschäden vorzubeugen;
- Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften, die auch zum Teil mit den unter 3, 4 und 5 vermerkten Arbeiten zu verbinden sind und die Gesamtanlagen wirtschaftlicher gestalten können;
- der Wohnungsbau, dessen großzügige Förderung (auch eventuell durch produktive Erwerbslosenfürsorge) dringend notwendig ist, um sowohl der Wohnungsnot wie der daniederliegenden Beschäftigung zu begegnen;
- Elektrifizierung der Eisenbahnen.

Sollen zur langfristigen Vorsorge für Arbeitsgelegenheiten die vorgenannten und ähnliche produktive Arbeiten und Anlagen vorbereitet und durchgeführt werden, so setzt das ein enges Zusammenarbeiten von Reich und Ländern voraus. Zur Durchführung dieser Arbeiten sind erhebliche Summen notwendig. Die Reichsregierung wird dringend ersucht, mit den Länderregierungen sich umgehend ins Benehmen zu setzen, damit die angelegten Arbeiten nicht nur geprüft, sondern in kürzester Frist und in weitgehendem Umfang mit ihrer Durchführung begonnen werden kann. Müssen angesichts der großen und andauernden Arbeitslosigkeit höhere Summen für produktive Erwerbslosenfürsorge in den Etat von Reich und Ländern eingestellt werden — im laufenden Jahresetat eventuell als Nachtrag —, so weist der Reichstag gleichzeitig darauf hin, daß bei der Mittelbeschaffung für produktive Anlagen, wie sie auch die vorgenannten Vorschläge enthalten, Anleihen mit aufzunehmen sind. Dabei wäre auch die öffentlich-rechtliche Garantie für Mindestzinszahlungen zu prüfen, ferner ob bei einer großen öffentlichen Anleihe zum Wohnungsbau auch Mittel der Hauszinssteuer zur Zins- und Tilgungsgarantie mit Verwendung finden könnten.

Die Reichsregierung wird ferner ersucht, a) hinzuwirken bei den Reparationsleistungen auf die Gewinnung langfristiger Sachlieferungen im Rahmen des als möglich erachteten Transfers; b) zu untersuchen, inwieweit der große Andrang von täglichem Geld, das zum Teil zu reinen Spekulationszwecken im In- und Auslande verwendet wird, der produktiven Wirtschaft Deutschlands zugeführt werden kann.

Wir sind uns darüber vollständig klar, daß mit der Durchführung der Reichstagsbeschlüsse die Wirtschaftskrise nicht behoben ist. Auf dem Arbeitsmarkt wird aber zweifellos eine Erleichterung eintreten. Das ist schon viel wert. Die Reichsregierung hat sich mit den Beschlüssen einverstanden erklärt. Hoffentlich handelt sie auch danach. Die Not der Millionen Arbeitsloser ist riesengroß, sie erfordert schnelle und durchgreifende Hilfe.



### Wenn zwei daselbe tun.

Der Genossenschaftsgedanke hat in allen Kreisen der Bevölkerung zahlreiche Anhänger gefunden. Für die Arbeiterschaft kommen vor allem die Konsumgenossenschaften in Betracht. Sie wurden ins Leben gerufen zu dem Zweck, die Lebensbedürfnisse der verschiedensten Art gemeinsam einzukaufen. Durch den Einkauf im großen und die Abgabe an die Mitglieder unter Ausschaltung der Zwischenhändler erhalten die Mitglieder ihre Waren billiger, und es ist auch eine größere Gewähr für die Güte der Ware gegeben. Die Konsumvereine haben schwere Hindernisse zu überwinden gehabt, aber sie haben sich durchgesetzt. Viele von ihnen sind mit der Zeit zur Eigenproduktion übergegangen, sie stellen Waren der verschiedensten Art in eigenen Betrieben her, zum Nutzen der Mitglieder.

Im Kleingewerbe spielen die Kredit- und Rohstoffgenossenschaften eine größere Rolle. In der Erkenntnis, daß etwa der kleine Handwerker mit seinen geringen Betriebsmitteln gar zu leicht der Willkür seiner Lieferanten ausgesetzt ist, schließen sich die Handwerksmeister des gleichen Berufs zum gemeinsamen Einkauf der Rohstoffe zusammen, sie gleichen damit den Vorteil, den der Großunternehmer ihnen gegenüber auf diesem Gebiet hat, teilweise aus. In Kreditgenossenschaften schaffen sie sich Stellen, die ihnen notwendiges Betriebskapital zu möglichst günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen. Solche Genossenschaften gibt es in den verschiedensten Gewerbezweigen. Man kennt sie nicht nur im Handwerk, sondern auch im Handel und in der Landwirtschaft. Und wenn man näher zusieht, dann sind die Kartelle, Ringe, und wie die Vereinigungen der Industriellen zur Regelung der Erzeugung und des Absatzes sonst genannt werden, auch nur Ausprägungen des Genossenschaftsgedankens.

Der Genossenschaftsgedanke hat sich durchgesetzt und er markiert. Aber merkwürdigerweise sind vielfach dieselben Leute, die sich lebhaft für den Ausbau der Genossenschaften der Unternehmer einsetzen, zugleich heftige Gegner der Arbeitergenossenschaften. Die Krämer glauben ein unveräußerliches Recht darauf zu besitzen, daß ihnen die Arbeiter ihre Groschen zutragen. Wenn diese statt dessen ihre Ware im eigenen Geschäft, nämlich dem Konsumverein, kaufen, dann erblicken die Händler darin eine Bedrohung ihrer heiligsten Güter. Sie schreien, und der ganze Chor derer fällt lebhaft ein, die im Arbeiter nur das Ausbeutungsobjekt sehen. Der Arbeiter ist nach deren Ansicht nur da, um Gewinn aus ihm zu ziehen. Der Unternehmer begnügt sich nicht damit, den Arbeiter als Erzeuger der Werte auszubeuten, er will auch Nutzen von ihm haben, wo er als Verbraucher, als Warenkäufer auftritt. Läßt sich der Arbeiter nicht willig scheren, erkennt er, daß seine Kraft im Zusammenschluß liegt, in der Gewerkschaft zur Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen, in der Konsumgenossenschaft zur Sicherung des Einkaufs preiswerter Lebensbedürfnisse, dann sieht der Kapitalist die ganze sittliche Weltordnung bedroht. Er verlangt Gesetze, die den Konsumgenossenschaften das Leben schwer machen, und die Konsumvereine können von gesetzgeberischen Schikanen, deren Opfer sie waren, manch Liedchen singen.

In neuerer Zeit richten sich die Angriffe der interessierten Kapitalisten mit besonderem Eifer gegen die Heilmittelversorgung deutscher Krankenkassen. Die Apothekerrechnungen sind sprichwörtlich. An den Armen der Armen, nämlich den kranken Arbeitern, wird ein Geldverdienst verdient. Es ist die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht, wenn die Krankenkassen, deren Aufgabe es ist, die Arbeiter in Krankheitsfällen zu betreuen, danach trachten, ihre Ausgaben für Ärzte und Apotheken möglichst herabzudrücken. Von dem Beitrag zur Krankenkasse zahlt der Arbeiter zwei Drittel, ein Drittel muß der Unternehmer zahlen. Je mehr von den eingehenden Geldern in die Taschen der Ärzte und Apotheker fließt, um so weniger bleibt für die kranken Mitglieder, und um so höher müssen die Beiträge bemessen werden. Von den öfteren Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Ärzten wegen der Honorarbemessung soll hier nicht die Rede sein. Jede Arbeit ist

ihres Lohnes wert, und auch die Tätigkeit des Arztes muß angemessen entlohnt werden, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß die Krankenkassen ihre Einnahmen nicht ausschließlich den Ärzten zur Verfügung stellen können.

Die Apotheker besitzen das Privilegium, zur Abgabe zahlreicher Heilmittel allein berechtigt zu sein. Die Preise, die sie nehmen dürfen, sind von der Behörde vorgeschrieben und so bemessen, daß tüchtig verdient wird. Da die Zahl der Apotheken behördlich beschränkt ist, bildet jede von ihnen eine Goldgrube, deren Ausbeute allerdings dem jeweiligen Besitzer nicht gerade leichtfällt. Er hat in der Regel für den Besitz der Apotheke einen Preis gezahlt, in welchem der künftige Gewinn zu einem hohen Maße vorweggenommen wird. Im Apothekergewerbe herrschen recht ungesunde Zustände, aber daraus darf man nicht das Recht herleiten, daß die Krankenkassen verpflichtet sind, den Apothekern ihre hohen Gewinne zu sichern.

Der Hauptverband deutscher Krankenkassen hat Einrichtungen getroffen, den angeschlossenen Krankenkassen zu ermöglichen, den Versicherten billige und gute Heilmittel selbst abzugeben. Die Zahl der Arzneistoffe, die von solcher Verteilung erfährt werden, ist beschränkt, da ja viele nur von Apotheken vertrieben werden dürfen. Außer den Arzneimitteln kommen aber Verbandstoffe und sonstige Heilmittel mannigfacher Art in Betracht. Für die Händler, die bisher diese Waren mit gutem Gewinn an die Kassen vertrieben, ist die Selbstversorgung der Krankenkassen natürlich unangenehm. Mit riesigem Samtan ist ein Feldzug gegen den Hauptverband deutscher Krankenkassen unternommen worden, der es wagt, den Gewinn, den man aus den kranken Arbeitern zu ziehen gewohnt war, zu beschneiden. Als Hauptwortführer der in ihrem Profit bedrohten Heilmittelfabrikanten und -händler hat sich der Reichsverband der Industrie aufgeworfen, der in einer umfangreichen Denkschrift die Forderung nach einer Gesetzesänderung zu begründen sucht. In der Selbstversorgung der Krankenkassen erblickt man „Sozialisierungs- und Monopolisierungsbestrebungen“, und vor allem eine Gefahr für den Profit.

Es fehlt auch nicht an Versuchen, die Arbeiter vor den Karren der Kämpfer für die Sicherung des Heilmittelwuchers zu spannen. Solche Versuche müssen aber fehlschlagen. Der Heilmittelversorgung der Krankenkassen liegt der gleiche Gedanke zugrunde wie den Konsumvereinen. Durch Zusammenschluß werden den angeschlossenen Verbrauchern, in diesem Fall den kranken Arbeitern, gute Heilmittel zu billigem Preise verschafft. Die Ersparnisse, welche die Krankenkassen hierbei machen, kommen den Mitgliedern und besonders den Kranken zugute. Interessant ist übrigens, daß die Apotheken, die sich so sehr über das von den Krankenkassen bei der Heilmittelversorgung angewandte Genossenschaftsprinzip entrüsten, von ihm zum eigenen Vorteil sehr gut Gebrauch zu machen verstehen. Die Hageda, die Handelsgesellschaft der Apotheker, arbeitet mit einem Aktienkapital von 4 Millionen, das sich überwiegend in Händen von Apothekern und deren Wirtschaftsorganisationen befindet. Im letzten Jahr erzielte diese Gesellschaft fast eine halbe Million Reingewinn, und sie zahlte ihren Aktionären 7 Prozent Dividende. Es ist eben die alte Geschichte, wenn zwei daselbe tun, dann ist es nicht daselbe.

Nürung des Unternehmers gar nichts an, er hat sich nur an das Gesetz zu halten, das dem Arbeiter das Recht gibt, die nachgewiesene Arbeit abzulehnen, wenn dafür nicht „angemessener ortsüblicher Lohn“ geboten wird. Ortsüblicher Lohn im Sinne der Verordnung der Erwerbslosenfürsorge und des Arbeitsnachweisgesetzes ist der Tariflohn.

An dieser Tatsache kommen die Unternehmer und Leiter der Arbeitsnachweise nicht vorbei. Da sie die Arbeiter aber unter allen Umständen zwingen wollen, für einen niedrigen Lohn zu arbeiten, versuchen sie auf Umwegen zum Ziele zu kommen. Dafür ein Beispiel aus Neuhäusen im Erzgebirge. Die Unternehmer forderten vom Arbeitsnachweis Arbeiter, denen zunächst der Tariflohn gezahlt wurde. Nach zweiwöchiger Beschäftigung wurden sie vor die Entscheidung gestellt: Unter dem Tariflohn arbeiten oder Entlassung. Die Kollegen bestanden auf dem Tariflohn, und nachdem sie entlassen waren, meldeten sie sich erwerbslos. Der Arbeitsnachweis lehnte die Unterstützung ab, weil die Entlassung nicht wegen Arbeitsmangels erfolgt sei, sondern weil die Arbeiter sich weigern, unter dem Tariflohn zu arbeiten. Dazu hätten sie kein Recht. Gegen diese sachliche Parteinahme für die Unternehmer wurde beim Landesamt für Arbeitsvermittlung in Dresden Beschwerde geführt. Aus dem erteilten Bescheid verdienen folgende Stellen besondere Beachtung:

„Wenn ein stillgelegender Betrieb die Wiederaufnahme der Arbeit zu Löhnen fordert, die unter dem vorher geltenden Tarif liegen, und Arbeitnehmer die ihnen angebotene Arbeit unter Bezug auf den Tarifvertrag ablehnen, so ist nur die Frage zu prüfen, ob diesen Arbeitnehmern die Erwerbslosenunterstützung auf Grund von § 13 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge zu verlagern ist. Hierbei ist als angemessener Lohn, soweit die Beteiligten tariflich gebunden sind, zweifellos der Tariflohn anzusehen. Werden Arbeitnehmer unter den geltenden Tarifbestimmungen wieder eingestellt und ihnen abweichend hiervon später ungünstigere Arbeitsbedingungen angeboten, so stellt das eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses mit dem Angebot eines neuen Arbeitsvertrages dar. Ist diese Kündigung darauf zurückzuführen, daß die Firma behauptet, bei den bisherigen Arbeitsbedingungen Leistungs-, insbesondere exportunfähig zu sein, so wird diese Unfähigkeit in der Regel als Kriegsfolge angesehen werden können und den Arbeitnehmern, die auf die neuen Arbeitsbedingungen nicht eingehen, die Erwerbslosenunterstützung zu gewähren sein.“

Das Landesamt kann hiernach und unter der Voraussetzung, daß solche Verhältnisse bei den in Frage kommenden Betrieben vorliegen, der dortigen Auffassung nicht beitreten, daß Arbeitnehmer, die wegen Ablehnung der neuen Arbeitsbedingungen entlassen worden sind, die Erwerbslosenunterstützung verweigert werden muß.“

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung wies den Arbeitsnachweis Neuhäusen an, sich im Sinne des Bescheids mit der Ortsverwaltung unseres Verbandes „zu verständigen und die Einzelfälle unter Hinzuziehung der Gewerbeaufsicht — wegen Feststellung der als Kriegsfolge anzusehenden Leistungsunfähigkeit der Betriebe — bzw. im Einspruchsverfahren, nach § 29 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge zu erledigen.“

Der Geschäftsführer des Öffentlichen Arbeitsnachweises Neuhäusen hat daraufhin unserer Verwaltungsstelle ein Schreiben gesandt, in welchem zunächst der Inhalt des Bescheids des Landesamts kurz wiedergegeben wird. Dann heißt es wörtlich:

„Auf Grund dieser Feststellung ist es möglich, den von der Lohnkürzung betroffenen Arbeitern Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Die Begründung hierfür ist folgende: Wenn ein Arbeitnehmer unter den geltenden Tarifbestimmungen wieder eingestellt wird und ihm von diesen Bedingungen abweichend später ungünstigere Arbeitsbedingungen angeboten werden, so stellt das eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses, aber auch gleichzeitig das Angebot eines neuen Arbeitsverhältnisses dar. Falls daher die Weiterarbeit verweigert wird, kann eine Ent-

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

#### Arbeitsnachweise im Dienste der Unternehmer.

Die Unternehmer finden bei ihrem Kampfe gegen den Tariflohn sehr häufig im Leiter des Öffentlichen Arbeitsnachweises einen willigen und eifrigen Helfer. Nach § 13 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge darf die Unterstützung nicht deshalb verweigert oder entzogen werden, daß der Erwerbslose sich weigert, für einen Lohn zu arbeiten, der nicht dem „ortsüblichen Lohn“ entspricht. Der Arbeitsnachweis kann den Arbeiter nicht zwingen, für einen beliebigen Lohn zu arbeiten, auch dann nicht, wenn der Unternehmer erklärt, aus wirtschaftlichen Gründen unter keinen Umständen einen höheren Lohn als den gebotenen zahlen zu können. Den Arbeitsnachweis geht eine solche Er-

### Der Mann mit dem Messer.

Erzählung von Max Barthele.

Vor dem Pantheon in Paris, in dem die Franzosen ihre berühmten Toten begraben, stand ein Mann. Die Kleider hingen ihm in Fetzen um den Leib. Aus dem braunen Gesicht blühten entschlossene Augen. Der Mund des Mannes war groß und männlich, die Stirne hoch und frei. Lange stand er nun vor der Halle des Ruhms und bewegte launlos die Lippen. Er hieß Emilio Labarandelli und stammte aus einer kleinen Stadt zwischen Neapel und Rom. Sein Vater war Bürgermeister, aber der Sohn sah über ein Jahr in einem römischen Gefängnis. Weil er die Freiheit liebte, weil er gegen die Falschheiten gekämpft hatte, deshalb sah er gefangen. Aus dem Kerker war er endlich mit Hilfe guter Freunde ausgebrochen und in mächtigen Märchen nach der Stadt Paris gewandert.

„Berühmte Welt!“ dachte der Mann vor dem Pantheon. Sie haben den Toten die Hallen des Ruhms und lassen die Lebendigen verhungern. Umsonst, immer wieder der verbotene Unfuss! Der Lebendige hat recht und nicht der Tot. Ich prüfe auf Ruhm und Unsterblichkeit, wenn ich satt bin. Warum geht es ja auch, um das nämlich: Brot zu schaffen für alle Menschenkinder. Und das ist immer noch die größte Tat von der Vergesslichkeit her. So ist es. Ja.“

Über eine Woche war Labarandelli schon in Paris. In der ersten Nacht hatte er eine Sage gesungen und über dem schwachen Feuer unter einer Seinenbrücke gebraten. Unter dieser Brücke enthielt er sich auch der vielen Landstreicher, die seine Bergstadt besucht hatten. „Selber Bagabund!“ sagte er dann laut und kramte in des Schwerts, glühende Banner der Flammen. In den anderen Tagen lebte er von den Abfällen der Herberge. Aber das war ja kein Leben. Die Tage brachten und waren schwerer als Blei. Den Kopf hob er gegen die Wand, das einmal stark und dann wieder Lebensmüde mochte.

Die Sonne stand am Himmel, und über die breiten Boulevarden zogen endlose Kolonnen glänzender Auto-

mobile. Lässige Spaziergänger trieben vorbei. Labarandelli wurde kaum beachtet. Es gab viele Landstreicher in der großen Stadt Paris.

„Der Hund hat Zähne, der Löwe hat Lagen,“ dachte er dann und starrte immer noch das Pantheon an, „aber ich, Emilio Labarandelli aus Roccafontana, ich habe ein Messer!“

Ja, er trug unter den Lumpen ein spitzes Messer und prüfte jetzt seine Schärfe.

„Der Hund frißt mit dem Maul, und der Löwe schlägt mit den Zähnen die Beute nieder,“ dachte er weiter, „ja, auch ich werde mit dem Messer mein Futter holen.“

Da wurde sein Gesicht ganz hell. Er ließ das Pantheon, schnitt den ruhmvollen Toten eine Grimasse und wandte sich entschlossen einem der vielen Restaurants zu, die den Platz säumten, und in denen die Bürger der Stadt Paris an den kleinen Tischen saßen und das Mittagmahl einnahmen.

Nun war es, als sei eine schwarze Wolke vor die Sonne geschwommen, als der Zerlumpte in das Restaurant eintrat und sich mit sicheren Schritten nach dem Hintergrund des Saales bewegte. Dort saß an einem kleinen Tisch die Bürgerin Germaine Briffon mit ihrem Mann beim Diner. Labarandelli griff mit rascher Hand auf den gedekten Tisch, nahm das eben aufgetragene Fleisch von der Schüssel und begann gierig zu essen. Seine linke Hand hielt das große, spitze Messer.

Der Mann der Germaine Briffon hieß Pierre Briffon und hatte sich zuerst gemeldet. Er war Hauptmann im sechsten Grenadierregiment gewesen, hatte bei Verdun und an der Somme mitgekämpft und kannte keine Furcht. Nun griff er — und es war derselbe blühende Griff, mit dem auch Labarandelli das Fleisch gepackt hatte — dem Mann mit dem Messer an die Kehle.

sich nach seinem Überfall unmöglich vorstellen, in der letzten Zeit sprach er überhaupt sehr wenig, und dann war er ja auch des Französischen nicht mächtig, also: Labarandelli stellte sich nicht vor, höchstens als der Mann mit dem Messer, und stach nach der Hand, die seine Kehle umklammert hielt.

Pierre Briffon schrie gellend auf. Seine Frau schrie auch mit, und da konnten und durften die anderen Gäste des Restaurants nicht zurückstehen: durch den früher so stillen und fröhlichen Raum wogte eine Welle gellenden Geschreies. Männer im Grad und schöne, gepuderte Damen sprangen von ihren Stühlen auf, verließen das duftende Mahl und drängten nach dem Ausgang. Wie geschwinde Hunde eilten die Kellner von einem Platz zum anderen, der Wirt kam vom Büfett her und wälzte sich schwerfällig durch das tosende Meer der Aufregung, das wild und immer wilder nach dem einen Mann hin brandete, der stumm an dem verlassenen Tische stand, das geraubte Fleisch hinunterwürgte und nur sein Messer reden und blitzen ließ.

Als er das Fleisch gegessen hatte, sah er mit großen Augen an sich, trank aus der umflochtenen Korbflasche hastig einige Schlucke roten Weines, wuschte sich mit der rechten, freien Hand den Mund ab, nahm einen Fegen weißes Brot und bahnte sich dann, das Messer in der Linken, durch den Schwarm der Gäste seinen Weg ins Freie. Da stellte sich ihm der Wirt entgegen und wählte ihn in einer bärenharten Umarmung einfangen. Labarandelli belam traurige Augen und stach den dicken Mann in die Hand. Der Wirt schrie wimmernd auf. Plötzlich tauchten in der Tür, die nach der Straße führte, die Köpfe dreier Polizisten auf. Der Mann mit dem Messer wich zurück und verbarrlichtete sich hinter dem Büfett.

Wenn man mit einem Hunde redet, der vom Fraß kommt, kann man sehr oft ein widerwilliges Surren hören. Wer sich aber einem Löwen in den Weg stellt, um dessen Maul noch das rote Blut triefen, dem ist ein Lakenhieb quer ins Gesicht oder über die Brust so gut wie sicher. Wer kann nun sagen, daß ein hungernder Mensch, den man vom vollen Tisch verjagt hat, anders und besser ist als ein Löwe oder



ziehung der Unterstützung, in vorliegenden Fällen demnach auch die Versagung der Neugewährung derselben, nicht in Frage kommen.

Voraussetzung für die Neugewährung der Erwerbslosenunterstützung ist aber, daß die Firma bei Weiterzahlung der bisherigen Löhne leistungsfähig würde (?), wobei diese Leistungsfähigkeit dann als Kriegsfolge angesehen werden könnte und den Arbeitnehmern, die die Weiterarbeit ablehnen, Erwerbslosenunterstützung zu gewähren sein würde.

Der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises Neuhausen spricht hier von Voraussetzungen für den Unterstützungsbezug, die das Gesetz nicht kennt.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Dresden stellt in seinem Bescheid fest, daß den Erwerbslosen die Unterstützung nicht verweigert werden darf, wenn diese es ablehnen, Arbeit anzunehmen, für die nicht der ortsübliche Lohn, das ist der Tariflohn, gezahlt wird. In dem Neuhausener Fall zahlen die Unternehmer den Tariflohn nicht, die Arbeiter sind also berechtigt, die nachgewiesene Arbeit abzulehnen, und der Arbeitsnachweis hat die Pflicht, ihnen die Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Das geht aus dem Bescheid des Landesamts für Arbeitsvermittlung klar hervor, und der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises Neuhausen stellt das in seinem Schreiben an unsere Ortsverwaltung auch noch einmal ausdrücklich fest.

Der Arbeitsnachweis Neuhausen hat also die Unterstützung zu zahlen. Dem Geschäftsführer scheint das aber nicht zu passen, er macht die Zahlung noch von einer weiteren „Voraussetzung“ abhängig. Und zwar verlangt er als weitere Voraussetzung die Leistungsfähigkeit des Unternehmers als Folge des Zwanges zur Weiterzahlung des Tariflohnes. Wo ist die Stelle im Gesetz, die von einer solchen Voraussetzung spricht. Wenn er sich auf den zitierten Bescheid des Landesamts berufen sollte, so scheint er die betreffende Stelle des Bescheids gründlich mißzuverstehen. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung sagt ganz klar, die Arbeiter sind nicht gezwungen, zu einem niedrigeren als dem Tariflohn zu arbeiten. Wenn der Unternehmer behauptet, er könne den Tariflohn nicht zahlen, weil dieser ihn leistungs- und exportunfähig mache, so sei diese Unfähigkeit in der Regel eine Kriegsfolge. Den entlassenen Arbeitern müsse dann auch aus diesem Grunde die Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden. Das Landesamtsamt unterstreicht mit diesen Worten nur die Tatsache, daß den Erwerbslosen auf keinen Fall die Unterstützung verweigert werden darf, wenn sie die Aufnahme von Arbeit ablehnen, für die nicht der ortsübliche Lohn, also der Tariflohn gezahlt wird.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Dresden kann eine andere Auffassung gar nicht vertreten, es würde sich sonst ebenso über zwingende gesetzliche Bestimmungen hinwegsetzen, wie der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises in Neuhausen.

**Gewerkschaften und Dawes-Plan.**

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Theodor Leipart, ist von der Berliner Vertretung eines amerikanischen Zeitungstrusts um seine Ansicht über die Zukunft des Dawes-Planes befragt worden. Auf die drei gestellten Fragen gab Leipart folgende Antwort:

1. Welche Folgen hat der Dawes-Plan bisher für Deutschland gehabt?

Der Dawes-Plan hat meines Erachtens das schwierigste Problem der Reparationen ein gutes Stück seiner Lösung entgegengeführt, indem er es aus der Sphäre militärischer Gewaltakte in die einzig mögliche Bahn wirtschaftlicher Ermäßigungen leitete. Die dadurch herbeigeführte Entspannung der weltpolitischen Lage ist zum Wohle der Völker lebhaft zu begrüßen. Er bedeutet aber, wie jede Abgabe großer Werte aus einer Volkswirtschaft, eine sehr schwere Belastung für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk. Dabei befinden wir uns erst im zweiten Übergangsjahr, das Deutschland noch eine Art Moratorium gewährt. Der Dawes-Plan ist also noch nicht in voller Wirksamkeit. Trotzdem spürt schon jetzt das deutsche Volk in allen

ein Hund? Nein, Sabarandelli war nicht anders und nicht besser. Und nun poltert die Polizei heran, vertrieb ihn vom Büfett und schlug jetzt an die Tür, hinter die sich der Mann mit dem Messer gestülct hatte. Diese Tür war bald eingeschlagen, und wieder bekam Sabarandelli traurige Augen, als er sein Messer in die ausgestreckten Hände der Polizisten tanzen lassen mußte.

Das Fleisch nun, das der Mann mit dem Messer vom Tisch der Germaine Brisson genommen hatte, war vom Schenkel eines jungen Kalbes gewesen, das einmal kalberstroh über grüne Weiden gehüpft und von der Freude am Dasein erfüllt war. Auch der Zerlumpte war einmal kinderstroh über grüne Wiesen und weiße Narzissenfelder gekrumpert und hatte wohl niemals daran gedacht, auch damals nicht, als er im römischen Gefängnis saß, daß er an einem Bissen Fleisch sterben sollte. Als aber die Polizisten die blutenden Hände zurückzogen und mit jähem Griff nach den Pistolen faßten — Sabarandelli sah trotz der Dunkelheit diesen Tagengriff — da sprang er auf und lief um sein Leben.

Sein Herz raste. Den dunklen Korridor lief er entlang, und als er die helle, dampferfüllte Küche erreicht hatte und auf den offenen Feuern die vielen Kraten brugeln sah und mit weiten Nüstern den Rauch der Schlachtopfer einlog und die Türe zum Garten weit offen sah: im gleichen Augenblick feuerte die Polizei. Und ein Schuß traf den Mann, der in der aufregenden Viertelstunde kein einziges Wort gesprochen hatte, mitten in den Kopf.

Sabarandelli hatte keine Geheimnisse mehr zu wahren. Jetzt konnte er reden, jetzt durfte er schreiben, und als er auf dem kühlen Kachelboden der Küche hinstürzte und das Blut bitter im Munde aufquellen fühlte, da nahm er die letzte Kraft zusammen, brüllte „Maledetto“ und verstaumte für immer.

Was aber „vermaledeit“ sein sollte, das Pantheon, die Germaine Brisson, die Polizei, Stalien, Paris oder die ganze Welt, das konnte jeder der nachgeleiteten Meinen Bürger für sich selbst enträtseln.

Sabarandelli, der Mann mit dem Messer, war tot.

seinen Teilen den Druck der Steuern, die zur Aufbringung der Reparationslasten nötig sind. Der Steuerdruck verschärft die Wirtschaftskrise, unter der Deutschland zurzeit leidet.

2. Halten Sie den Dawes-Plan auf die Dauer für ausführbar?

Ich habe bereits hervorgehoben, daß Deutschland noch nicht die vollen Zahlungen zu leisten hat. Deshalb kann ich nicht vorhersehen, ob es später dazu in der Lage sein wird. Man wird aber ganz allgemein überlegen müssen: Womit bezahlt Deutschland seine Verpflichtungen? Doch nur mit der Arbeit seiner Bürger. Es wird also keine Ausfuhr steigern müssen. Dazu ist aber nötig, daß es keine unlautere Konkurrenz aus Valutadumping antrifft, daß also die Währungen der übrigen europäischen Staaten sobald wie möglich stabilisiert werden. Weiter ist nötig, daß die anderen Länder bereit sind, die deutsche Ausfuhr bei sich aufzunehmen. Dazu müssen aber die hohen Zollschranken und die übrigen Einfuhrerschwerungen aller Art fallen. Will also die Welt, daß Deutschland zahlt, so muß sie ihm die Möglichkeit dazu geben durch Stabilisierung der Währungen und durch die Bereitwilligkeit, gegenseitig alle Zölle und sonstigen Einfuhrerschwerungen abzubauen.

3. Welche andere Lösung des Reparationsproblems würden Sie vorschlagen?

Es würde eine völlige Verflüssigung Deutschlands bedeuten, wenn man es auf unbestimmte Zeit Reparationen zahlen ließe. Man muß also entweder eine begrenzte Zeit oder eine feste Gesamtsumme für die deutschen Zahlungen endgültig bestimmen. Mit meinen Arbeiterfreunden in ganz Europa bin ich darin einig, daß diese endgültige Regelung so beschaffen sein sollte, daß die deutschen Zahlungen nur zur eigentlichen Wiedergutmachung der verursachten Schäden dienen. Das setzt seitens der alliierten Mächte und auch seitens der Vereinigten Staaten von Amerika voraus: Bezüglich der Forderungen an Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen, und allgemeine Annullierung der gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Ich bin überzeugt, daß das amerikanische Volk gerecht urteilt und nicht dafür eintreten wird, daß das deutsche Volk für lange Zeit oder gar für immer Fronarbeit leisten muß. Auch für Deutschland muß die Stunde der Freiheit wieder schlagen.

**Nochmalige Verlängerung der Höchstföge in der Erwerbslosenfürsorge.**

Die vom Reichsarbeitsministerium geplante Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge hat in der Arbeiterschaft heftigen Widerspruch gefunden, weil mit ihr ein Abbau der jetzt schon zu niedrigen Unterstützungssätze verbunden war. Zur Klärung der Streitfrage, ob das von der Regierung vorgeschlagene Lohnklassensystem in der Erwerbslosenfürsorge zu einer Schlechterstellung der Erwerbslosen führt, wird eine Erhebung veranstaltet. Da das Ergebnis dieser Erhebung erst in einigen Monaten vorliegt, hat der Reichsarbeitsminister nach Benehmen mit dem Verwaltungsausschuß des Reichsamts für Arbeitsvermittlung die Geltungsdauer der heutigen Höchstföge in der Erwerbslosenfürsorge bis zum 27. November 1926 verlängert.

**Reichstag und zollfreie Gefrierfleischzufuhr.**

Nach dem Wortlaut des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 ist „Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen“. Durch diese Bestimmung „im Rahmen der bisherigen Einfuhr“ war die Möglichkeit gegeben, diejenige Menge als Maßstab zugrunde zu legen, die in den letzten Monaten vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden war. Das Reichsernährungsministerium hat aber als Maßstab die geringere Menge des Jahres 1924 angenommen. Das Jahr 1924 sollte indes als Normaljahr nicht in Betracht gezogen werden, weil die Kaufkraft der Bevölkerung nach der Währungsstabilisierung noch bis weit in das Jahr hinein so geschwächt war, daß der Fleischkonsum im allgemeinen, besonders der Gefrierfleischkonsum, für die minderbemittelte Bevölkerung nicht in einem für die Volksernährung notwendigen Ausmaß möglich war. War doch der Fleischverbrauch der Bevölkerung von über 50 Kilo je Kopf im Jahre 1913 auf rund 30 Kilo im Jahre 1923 herabgesunken. Zwar ist der Fleischverbrauch im Jahre 1924 auf rund 42 Kilo gestiegen, während er 1925 bereits 47 Kilo betrug.

Nach den bekanntesten deutschen Physiologen, die in diesem Punkt völlig übereinstimmen, sollte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf ihre industrielle Betätigung ein Fleischverbrauch von mindestens 70 Kilo jährlich entfallen. Bekanntlich beträgt der Fleischverbrauch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf den Kopf der Bevölkerung über 80 Kilo. Die deutsche werktätige Bevölkerung hat also nur die halbe Fleischernährung gegenüber der Bevölkerung der Vereinigten Staaten.

Die Gewerkschaften haben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Ersuchen gerichtet, als Maßstab für die künftig zollfreie einzuführende Gefrierfleischmenge die Menge zugrunde zu legen, die im letzten Vierteljahr vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden ist.

Die Sozialdemokratische Partei unterstützte die Gewerkschaftsforderung und beantragte im Reichstag, daß jährlich 120 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei eingeführt werden dürfen. Zunächst schien es, als ob die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien dem Antrage zustimmen wollten. Wie gewöhnlich, wurden aber auch diesmal wieder die Großgrundbesitzerinteressen über das Wohl des Volkes gestellt. Bei der Abstimmung im Reichstag stimmten die bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Antrag einstimmig nieder. Wenn wir recht unterrichtet sind, stimmten sogar die im Reichstag sitzenden Mitglieder der christlichen und kirchlich-underrschenen Gewerkschaften gegen den Antrag, obwohl sie vorher gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund beim Reichsernährungsministerium die im sozialdemokratischen Antrage geforderte Erhöhung der zollfreien Menge verlangt hatten. Das sind wirklich recht laudable Arbeitervertreter.

**Aus dem Verbandsleben.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 28. Wochenbeitrag für die Woche vom 4. Juli bis 10. Juli 1926 fällig geworden.

Berlin S.O. 10, Am Röllischen Platz 2.

Der Verbandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Fürth (Bayern).** Am 1. Juli ist unser Kollege Georg Hüls, der seit 22 Jahren die Kassierergeschäfte unserer Verwaltungsstelle treu und gewissenhaft versehen hat, im Alter von 67 Jahren in den verdienten Ruhestand getreten. Kollege Hüls, der bei den Fürther Kollegen allgemein nur als „Freund“ bekannt ist, gehört seit 1886, also 40 Jahre, erst dem Fachverein der Schreiner, dann dem Deutschen Holzarbeiter-Verband als Mitglied an, davon 37 Jahre der Verwaltungsstelle Fürth. Seit 1890 stand er immer in vorderster Reihe in der Verwaltung, wofür er sich den vollen Haß der Unternehmer zuzog, die ihn durch häufige Maßregelung mit seiner Familie der bittersten Not aussetzten. Das hat ihn aber nicht entmutigt, sondern in seiner Überzeugung, daß die Kollegen sich Rechte nur durch engsten Zusammenschluß im Verband erkämpfen können, nur bestärkt. Unermüdet arbeitete er an der Aufklärung und Organisierung der Kollegen, und wenn die Verwaltungsstelle Fürth schon 1914 75 Prozent aller organisationsfähigen Beschäftigten in der Holzindustrie umfaßte, so war das nicht zum wenigsten dem Wirken des Kollegen Hüls mit zu danken. Durch diese Tätigkeit hat sich Hüls das Vertrauen der Kollegen im weitesten Maße erworben, und als 1904 die Mitgliedschaft so erstarkt war, daß zur Erledigung der anfallenden Arbeiten ein Kollege freigestellt werden mußte, ging Hüls mit großer Mehrheit aus der Wahl hervor. Am 1. Januar 1905 hat er die Stelle angetreten, die er seitdem zur vollen Zufriedenheit der Kollegen innehatte. Es war nicht seine Art, große Reden zu halten, das überließ er gern anderen; seine Stärke lag darin, im persönlichen Verkehr in kluger Weise auf die Kollegen einzuwirken und hilfsbereit überall dort einzugreifen, wo immer das möglich war. Dadurch hat er sich einen großen Freundeskreis und dem Verband viele Mitglieder gewonnen. Nun scheidet Hüls aus seinem Amt, nicht weil er amtsmüde geworden, sondern weil sein vorgeklärtes Alter das erheischt. Möge es ihm vergönnt sein, einen langen Lebensabend in Ruhe zu genießen.

**Kronach.** Unsere letzte Mitgliederversammlung besaßte sich in Anwesenheit des Bezirksleiters, Kollegen Herzog, eingehend mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen am Orte. Besonders schlimm liegen die Verhältnisse in der Korbwarenindustrie. Nur ein kleiner Teil der Korbmacher hat volle Beschäftigung. Die Unternehmer nutzen die Notlage des Gewerbes nach besten Kräften dazu aus, den Arbeitern die denkbar unwürdigsten Arbeitsverhältnisse aufzuzwingen. Es kommen auch einmal wieder andere Zeiten, wo die Kollegen sich des jetzigen Verhaltens der Unternehmer gut erinnern werden. Für diese Zeiten gilt es zu rüsten durch den ständigen Ausbau des Verbandes. Die hiesige Arbeiterschaft ist nicht so leicht kleinzutreiben, sie ist überzeugt von der Gerechtigkeit ihrer Forderungen und hält dem Verband die Treue. Sie blüht mit Berachtung auf jene Leute, die der Organisation in den Rücken fallen. Zu diesen gehört der Arbeiter Münsbacher, der sich durch wüsten Schimpfen auf die Arbeiterbewegung und ihre Funktionäre und andererseits durch Liebedienerei und Speichelleckerei eine gute Nummer beim Unternehmer verschaffen will. Der organisierte Arbeiter erfüllt im Betrieb seine Pflicht, und auf Grund dessen besteht er auch auf die ihm zustehenden Rechte. Der einsichtige Unternehmer hat bislang diese Arbeiter als die brauchbareren und wertvolleren geschätzt, und wir hoffen, daß das auch in Zukunft wieder so sein wird. Leute vom Schlage Münsbacher läßt man sich eine Zeitlang gefallen, dann verfallen sie der allgemeinen Berachtung.

**Aus der Holzindustrie.**

**Die Wirtschaftslage der Holzindustrie im Urteil der Unternehmer.**

Die Berliner „Industrie- und Handels-Zeitung“ spricht in ihrer Konjunkturübersicht für den Monat Juni von einer „Wendung zum Besseren“. Das in dieser Übersicht zur Verarbeitung kommende Material stammt von den Handelskammern, das sind die gesetzlichen Vertretungen der Unternehmer. Die Wendung zum Besseren wird darin gesehen, daß der Geld- und Kapitalmarkt eine große Flüssigkeit zeigt, die Geschäfte größeren Umsatz haben, und in dem starken Rückgang der Geschäftsaussichten und Konkurrenz. Über die Wirtschaftslage der Holzindustrie wird gesagt:

„Das Möbelfgeschäft hat sich in der letzten Zeit etwas gebessert. Wenn die Verhältnisse auch noch sehr zu wünschigen übriglassen, so scheint der Tiefstand jedoch überwunden zu sein. Die durch den Geldmangel sehr erschwerter Bemühungen der Möbelfabriken, durch Einstellung auf Reichenmöbel die Selbstkosten herabzudrücken, haben schon zu einem gewissen Erfolg geführt. Die größten Schwierigkeiten macht immer noch der Geldmangel. Da es sich beim Möbelkauf fast immer um größere Summen handelt, die auf einmal schwer aufzubringen sind, werden die meisten Geschäfte auf Abzahlung getätigt. — In der Pianoforteindustrie hat sich die Wirtschaftslage trotz äußerst günstiger Zahlungsbedingungen gegenüber dem Vormonat noch nicht gebessert. Der Verkauf im Inland ist zurückgegangen, das Ausfuhrgeschäft nach dem Ausland liegt daneben.“

**Aus der russischen Holzwirtschaft.**

Rußland ist das walddreichste Land der Welt. Nach zuverlässigen Quellen beträgt die Waldfläche 435 210 000 Hektar (Deutschland hat 12 587 000 Hektar Wald). Wenn Rußland seine Wälder richtig bewirtschaften könnte, wäre es nicht nur imstande, den heimischen Bedarf spielend leicht zu befriedigen, es könnte auch noch ungeheure Mengen Holz ausführen. Rußland galt bei den anderen Holzexportstaaten bis



vor kurzem als eine große Gefahr. Sie befürchteten, daß Rußland in aller Kürze mit großen Angeboten auf dem Weltmarkt auftreten würde und ihnen damit das gute Geschäft verderben könnte.

Die leitherige Entwicklung der russischen Holzwirtschaft hat weder den einen noch den anderen Recht geben. Und das war vorauszu sehen. In dieser Stelle ist wiederholt auf das Niederkiegen der russischen Holzwirtschaft hingewiesen und die Vermutung ausgesprochen worden, daß Rußland trotz seiner riesigen Wälder in den nächsten Jahren auf dem internationalen Holzmarkt keine große Bedeutung erlangen wird.

Unter diesen Umständen kann von einer großen und steigenden russischen Holzexport keine Rede sein. Es ist im Gegenteil mit einem starken Rückgang zu rechnen. Wir müssen eingestehen, daß wir an einem solchen Punkt angelangt sind, der die Abnahme des Holzexports unbedingt nach sich zieht.

Über die Ursachen des Verjagens der russischen Holzwirtschaft heißt es: „Es entsteht die Frage, wie ist dies möglich? Nichts einfacher als das. In den jetzt noch waldreichen nordöstlichen Gegenden Rußlands sind weder Sägewerke noch Export- und Transportmöglichkeiten und -mittel vorhanden.“

Bauhandwerker, meidet die Schweiz!

Wie wir bereits mitteilten, befinden sich die Zimmerer in Zürich im Streit. Der Kampf dauert schon über vier Monate. Da es dem Bau- und Holzarbeiter-Verband gelungen ist, mit einer größeren Anzahl von Firmen und Bauten Einzelverträge abzuschließen, haben die Unternehmer die Materialperrre und die Nichteingstellung organisierter Bauhandwerker beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftsvertreter beim Reichswirtschaftsminister.

Am 23. Juni fand auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers zwischen diesem und Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände eine Besprechung statt. Die Aussprache drehte sich zunächst um die Durchführung der sogenannten Ruhestreiks.

Anschließend hat der Minister die Gewerkschaftsvertreter, ihre Äußerungen über die immer bedrohlicher werdende Arbeitslosigkeit mitgeteilt. Später vom A.G.B. entwarf daraufhin ein Bild der bestehenden Arbeitslosigkeit, die erst in den letzten Wochen wieder zugenommen habe.

Stützungslage bekommen, nur weil die Landwirte dieser Bezirke ihren Arbeitern eine völlig ungenügende Bezahlung bieten. Man müsse sich im Gegenteil darüber verständigen, wie die Unterstufungen noch erhöht werden könnten.

Eine Minderung der Arbeitslosigkeit könne erzielt werden durch die Ausnutzung der Ruhestreiks, durch Auftragserteilungen von Reichspost und Reichsbahn, die ja erst kürzlich 100 Millionen Mark auf dem Anleihewege aufgenommen habe, und durch andere produktive Maßnahmen größeren Stils.

Der Minister dankte den Gewerkschaftsvertretern für ihre Ausführungen, erklärte, daß sein Ministerium all die angeführten Fragen mit größter Aufmerksamkeit verfolge, und daß er sich vorbehalte, die Gewerkschaftsvertreter zu gegebener Zeit wieder zu einer Besprechung zu bitten.

Dierzig Jahre Verband der Kupferschmiede.

Der Verband der Kupferschmiede feierte am 1. Juli sein vierzigjähriges Jubiläum. Die ersten Anregungen zu seiner Gründung kamen aus Hamburg. Der Gründungstagsrat tagte in den Weihnachtstagen des Jahres 1885 in Leipzig.

Auf dem dieser Tage in Leipzig abgehaltenen Verbandstag stand die Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband im Mittelpunkt der Verhandlungen. Mit 18 gegen 10 Stimmen wurde beschlossen, mit dem Metallarbeiter-Verband einen Kartellvertrag abzuschließen.

Verbandstag der Buchdrucker.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hielt seinen 13. ordentlichen Verbandstag in der Woche vom 20. bis 26. Juni in Berlin ab. Der Buchdrucker-Verband, der in diesen Tagen auf eine 60jährige glänzende Entwicklung zurückblicken kann, ist eine Organisation von kraftvoller innerer Geschlossenheit.

Mitglieder, heute über 80 000. Im Buchdruckgewerbe gibt es nur ganz wenige Beschäftigte, die dem Buchdrucker-Verband nicht angehören. Der Verband hat sich jetzt in Berlin ein großes Haus bauen lassen, das 3,1 Millionen Mark kostet.

Anschluß des Argentinischen Gewerkschaftsbundes an den I.G.B.

Der Argentinische Gewerkschaftsbund wurde im Februar 1926 gegründet. Schon damals stand fest, daß die neue Gewerkschaftszentrale sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund mit dem Sitz in Amsterdam anschließen werde.

Literarisches.

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H., Berlin S.O. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Führer und Masse in der Demokratie. Von Dr. Curt Geyer. 186 Seiten. Verlag J. S. B. Dieckhoff, Berlin S.O. 68. Preis 2,60 Mk. — Geyer hat vor einigen Jahren ein sehr aktuelles und beachtenswertes Buch über den Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung geschrieben.

Industrielle Kartellprobleme der Gegenwart. Ein Überblick von Dr. v. Bederath, Professor an der Universität Bonn. 168 Seiten. Verlag G. m. b. H., Hamburg 30, Cuxendörfer Weg 211. — Kuhl's Roman spielt im zaristischen Rußland. „Kachabino“ ist eine Zeitungsromanze in der Nähe Moskaus.

Unter den Indianern Virginien. Von John Smith. Herausgegeben von J. G. Bonte. Band Nr. 16 der Brodhause-Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“. Preis halbleinwand 2,50 Mk., Ganzleinen 3,50 Mk. — Smith schildert uns sein Leben von der Kindheit an, die ersten Abenteuer und seine Erlebnisse in der englischen Kolonie Virginien.

Kachabino. Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von Karl Kuhl's. 3. Auflage. 363 Seiten. Neuland-Verlag G. m. b. H., Hamburg 30, Cuxendörfer Weg 211. — Kuhl's Roman spielt im zaristischen Rußland. „Kachabino“ ist eine Zeitungsromanze in der Nähe Moskaus.

Die Eisenbahnstraße. Erzählung und Roman. Von Jug. F. Steinberger. Band 348 der „Bibliothek der gesamten Technik“. 60 S. Verlagsbuchhandlung Dr. Max Jänecke, Leipzig. Preis 3,05 Mk.

Table with financial data: Zentral-Krankenkasse und Sterbekasse der Tischler, Hamburg. Rechnungsabschluss vom ersten Vierteljahr 1926. Gesamtergebnis am 1. Januar 1926: 722 813,41 Mk.

2 tücht. Hofformenschilder

... für ...

Tüchtiger Tischler

... in ...

Zimmermanns-Bleistifte

... in ...

Nobelpänke

... in ...

Tischlerische Köcher

... in ...

Schöne Intarsien

... in ...

Engl. Bildhauer-Werkzeuge

... in ...

Tischlerstühle

... in ...

Nobelpänke

... in ...

Tischlerische Köcher

... in ...

Bücher über Bootsbau!

- Selbstbau eines leicht Wanderkanus v. Heinz Foerster 3 Mk.
Selbstbau eines Fallbootes von Max Höninghoff. . . . 3 Mk.
Selbstbau eines Kanadiers Ausführliche Anleitungs-Zeichnungen aller Bootsteile in natürlicher Größe von Heinz Foerster . . . . . 2 Mk.

Nobelpänke, 2 m lg. Blätt., la trock.

... in ...

Bleistifte und Maßstäbe

... in ...

Der beste Putzhobel

... in ...

Kollegen!

... in ...

Stuhlfluchtrohr!

... in ...

Der beste Putzhobel

... in ...